



### Presseschau vom 15.01.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Georgisches Fernsehen veröffentlicht brisanten Brief Poroschenkos an FSB

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko soll nach Angaben des georgischen Fernsehsenders Rustavi 2 im Jahr 2007 in einem Brief an den russischen Geheimdienst FSB versprochen haben, „Russland nicht zu schaden“. Der Sender veröffentlichte am Samstag ein Bild des handgeschriebenen Schreibens.

In dem Brief, den Poroschenko verfasst haben soll, nachdem er auf dem Flughafen Pulkowo in St. Petersburg von Grenzpolizisten aufgehalten wurde, bittet der damalige Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) den FSB um eine Einreiseerlaubnis nach Russland und versichert dabei, dem Land nicht schaden zu wollen.

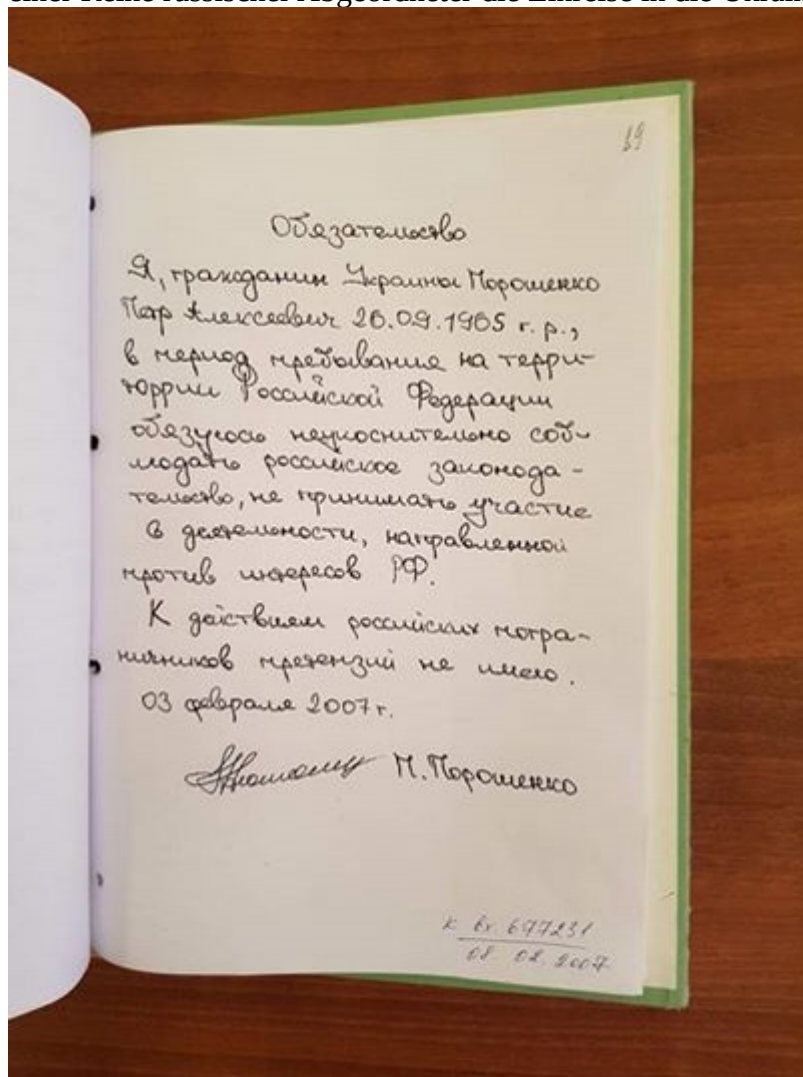
„Ich, Pjotr Alexejewitsch Poroschenko, Staatsangehöriger der Ukraine, geboren am 26.09.1965, verpflichte mich, während meines Aufenthaltes in Russland das russische Gesetz zu achten und mich nicht an Aktionen zu beteiligen, die gegen die russischen Interessen gerichtet sind“, soll es in dem Schreiben heißen.

Er bringe im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit „große Investitionen“ nach Russland. Außerdem wolle er sich mit den Verwandten seiner Schwiegertochter in Sankt Petersburg treffen.

Kiew bezeichnete den vom georgischen Fernsehsender veröffentlichten Brief als „Fälschung von schlechter Qualität“, die von russischen Geheimdiensten angefertigt worden sei.

Am 3. Februar 2007 war Poroschenko die Einreise nach Russland verboten worden – offenbar

im Rahmen einer Gegenmaßnahme Moskaus gegen die ukrainische Regierung, die zuvor einer Reihe russischer Abgeordneter die Einreise in die Ukraine verweigert hatte



<https://scontent-frt3->

[2.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/p403x403/26239538\\_1827891690588241\\_6103940004305134326\\_n.jpg?oh=f4818d96e2f8cc53d0448f1d1469d753&oe=5ADCCA70](https://scontent-frt3-2.xx.fbcdn.net/v/t1.0-0/p403x403/26239538_1827891690588241_6103940004305134326_n.jpg?oh=f4818d96e2f8cc53d0448f1d1469d753&oe=5ADCCA70)

de.sputniknews.com: Einmischung „nonstop“? Neue Vorwürfe gegen Russland erhoben  
Heutzutage scheinen Wahlen in Europa stets mit den Vorwürfen einer vermeintlichen russischen Einmischung einherzugehen. Auch die Präsidentschaftswahlen in Tschechien sind keine Ausnahme: Der Herausforderer des Amtsinhabers Milos Zeman, Jiri Drahos, ist von einem „Interesse russischer Geheimdienste“ an Zemans Wahlsieg überzeugt. „Ich bin nach wie vor der Meinung, dass Russland Interesse an unseren Wahlen zeigt. Russische Geheimdienste sind daran interessiert, dass Milos Zeman wiedergewählt wird“, sagte Drahos in einem Gespräch mit einem örtlichen Radiosender am Sonntag. „Ich kann das nicht beweisen, doch der Sicherheits- und Nachrichtendienst hält das in seinem Jahresbericht für möglich“, so der ehemalige Vorsitzende der Akademie der Wissenschaften Tschechiens weiter.

Am 12. und 13. Januar fand in Tschechien die erste Runde der Präsidentschaftswahl statt, die Milos Zeman mit 38,57 Prozent der Stimmen gewann. Auf Platz zwei kam Jiri Drahos mit 26,6 Prozent. Dabei haben vier der sieben in der ersten Wahlrunde gescheiterten Kandidaten Drahos ihre Unterstützung in der zweiten Runde zugesagt. Die Stichwahl soll Ende Januar

stattfinden.

### **Vormittags:**

de.sputniknews.com: Brief Poroschenkos an FSB: Im Parlament wird von Staatsverrat gesprochen

Der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) Vitali Kupry will laut eigenen Angaben beim Geheimdienst SBU im Zusammenhang mit dem „Staatsverrat“ von Präsident Petro Poroschenko eine Anzeige machen.

„Die Ermittlung muss feststellen, wie oft und durch welche Übergänge der Staatsgrenze Poroschenko Russland besucht, mit welchem Ziel und mit wem er Kontakte hatte“, schrieb Kupry auf seiner Facebook-Seite.

Zuvor veröffentlichte der georgische Fernsehsender Rustavi 2 einen aus dem Jahr 2007 stammenden Brief Poroschenkos an den russischen Geheimdienst FSB.

In dem Brief, den Poroschenko verfasst haben soll, nachdem er auf dem Flughafen Pulkowo in St. Petersburg von Grenzpolizisten aufgehalten worden war, bittet der damalige Abgeordnete der Werchowna Rada den FSB um eine Einreiseerlaubnis nach Russland und versichert dabei, dem Land nicht schaden zu wollen.

Kiew bezeichnete den vom georgischen Fernsehsender veröffentlichten Brief als „Fälschung von schlechter Qualität“, die von russischen Geheimdiensten angefertigt worden sei.

**armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 13 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von acht Ortschaften beschossen. Der Gegner verwendete 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer, großkalibrige und Schusswaffen. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.**

de.sputniknews.com: Nach Angriff auf Zeman: Ukrainerin wird aus Tschechien abgeschoben

Das Gericht des fünften Prager Stadtbezirks hat die ukrainische Femen-Aktivistin Andschelina Diasch, die den tschechischen Staatschef Milos Zeman bei seiner Stimmabgabe für die Präsidentschaftswahl mit nacktem Oberkörper angegriffen hatte, zu drei Monaten Bewährungsstrafe und Abschiebung verurteilt. Dies gab die Anwältin der Frau bekannt.

Der ukrainischen Aktivistin drohte wegen der Pöbeleien bis zu drei Jahren Haft.

Die Aktivistin Andschelina Diasch hatte Zeman am Freitag beschimpft und ihn an der Stimmabgabe hindern wollen. Sie war jedoch von Bodyguards gestoppt und der Polizei übergeben worden. Seitdem befand sie sich in Polizeigewahrsam.

Der 73-jährige Präsident kehrte später zur Wahlurne zurück und gab seine Stimme ab. Dabei sagte er, es sei ihm eine „Ehre“ gewesen, weil es sich um jene Frau gehandelt habe, die bereits einen Angriff auf den Papst verübt hätte.

**Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Geschossen wurde mit einem 82mm-Mörser auf das Gebiet von Rajewka.**

de.sputniknews.com: Lawrow äußert sich zu Ukraine-Grenzen nach Krim-Referendum  
Russland respektiert laut dem Außenminister des Landes, Sergej Lawrow, die territoriale

Integrität der Ukraine in den Grenzen, die sich nach dem Referendum auf der Halbinsel Krim gebildet haben.

„Wir haben weiterhin Respekt vor der territorialen Integrität der Ukraine in den Grenzen, die sich nach dem Referendum auf der Krim und nach deren Wiedervereinigung mit Russland herausgebildet haben“, sagte Lawrow bei der großen Pressekonferenz in Moskau.

Das Thema der Ukraine-Krise wird laut dem russischen Außenminister künstlich aufgebläht und zum Eckstein des Widerstands zwischen Russland und dem Westen gemacht. „Ich halte diesen Zugang für falsch und absolut politisiert“, betonte Lawrow.

Hätten sich die westlichen Länder anstelle der blinden Unterstützung von Kiews gedankenloser Linie auf die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen konzentriert, wäre die Krise längst beigelegt worden.

Dabei erkennen sowohl die USA als auch Europa, so Lawrow weiter, dass die heutige Regierung der Ukraine die Gewaltphase im Donbass zu provozieren versuche. „Unsere westlichen Kollegen aus Europa und den USA, wie wir aus den Gesprächen wissen, verstehen die Taktik, die die heutige ukrainische Regierung in Bezug auf das Minsker Abkommen umsetzt, recht gut“, so der Minister. „Sie sehen ganz klar, dass die ukrainischen Nachbarn versuchen, die Gewaltphase dieses Konflikts weiterhin zu provozieren und damit die Aufmerksamkeit davon abzulenken, dass sie den Minsker Maßnahmenkatalog sabotieren.“

**Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 13.**

**Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).**

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 207 In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 381**

**Wir erinnern daran, dass ab 01:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.**

de.sputniknews.com: Russischer Politiker wirft USA Zergliederungspläne für Syrien vor  
Der Plan der USA, im Norden Syriens eine 30.000 Mann starke „Grenzsicherheitstruppe“ unter der eigenen Schirmherrschaft aufzustellen, bedeutet laut Alexej Puschkow, dem Chef des Ausschusses für Informationspolitik im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus), den Weg zur Vorbereitung einer faktischen Zergliederung des Landes.

„Die USA treten offiziell für ein einheitliches Syrien, faktisch aber für ein gespaltenes Land ein“, schrieb der Politiker auf Twitter.

Indes hat das Außenministerium der Türkei eine Erklärung abgegeben, laut der die Entscheidung der US-geführten internationalen Koalition, Abteilungen der „Syrischen demokratischen Kräfte“ auszubilden, die nationale Sicherheit der Türkei und die Integrität Syriens bedrohe.

„Die Zusammenarbeit der USA mit der (kurdischen) ‚Partei der Demokratischen Union‘ (PYD) und den Abteilungen der ‚Volksverteidigungskräfte‘ (HPG), die den von Washington übernommenen Verpflichtungen und seinen früheren Erklärungen widerspricht, bedroht unsere nationale Sicherheit und die territoriale Integrität Syriens“, hieß es aus Ankara. Die Türkei behalte sich das Recht vor, Bedrohungen jeglicher Art zu beseitigen, wurde hinzugefügt.

Die von den USA angeführte Koalition hatte angekündigt, in Syrien eine so genannte Grenzsicherheitstruppe aufstellen zu wollen, die auf dem von den USA kontrollierten syrischen Territorium an der Grenze zur Türkei stationiert werden solle. Daraufhin beschuldigte Ankara Washington des Versuchs, die Terrorgruppierungen in Syrien zu legitimieren.

Die Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) hat die Initiative der USA in Syrien „schweinisch“ genannt. Laut dem Chef des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates, Konstantin Kossatschow, verletzen die Pläne der USA die UN-Charta.

**Dnr-online.ru: In der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden in Krasnyj Partisan, Jasinowataja-Bezirk, eine Stromleitung beschädigt. 62 Verbraucher in der Fabritschnaja-Straße haben keinen Strom, sozial bedeutsame Objekte sind nicht betroffen. Da sich der Schaden an der Leitung in der Pufferzone befindet, werden die Reparaturarbeiten von den Mitarbeitern der Jasinowatajer Elektrizitätswerkes nach der Abstimmung zwischen den Konfliktseiten durchgeführt. Dies teilte der Pressedienst der Stadtverwaltung von Jasinowataja mit.**

**Ukrinform.ua: Präsident fordert Annahme des Gesetzes über Antikorruptionsgericht und Abschaffung von e-Deklarationen für Aktivisten**

**Das Parlament muss die Gesetze über das Antikorruptionsgericht, die Abschaffung der e-Deklarationen für Aktivisten und die Dezentralisierung im Bereich Grund- und Bodenverhältnisse verabschieden.**

**Das sei die Forderung und die Bitte des Präsidenten Poroschenko an das Parlament, erklärte die Vertreterin des Staatschefs bei der Werchowna Rada, Iryna Luzenko, in der Sitzung des parlamentarischen Schlichtungsrates am Montag. Es gehe um die Gesetzentwürfe Nr. 6674 und Nr. 6675 über die Abschaffung der elektronischen Deklarationen für Aktivisten, die im Rahmen der Hilfsprogramme für die Ukraine finanziert werden. Der Präsident rufe das Parlament auf, sich mit dem Gesetz über das Antikorruptionsgericht in der nächsten Zeit „gründlich“ zu befassen und den Gesetzentwurf Nr. 7363 über die Dezentralisierung im Bereich Grund- und Bodenverhältnisse zu verabschieden. Die Gesetzentwürfe Nr. 6674 und Nr. 6675 hatte der Staatschef ins Parlament am 8. Juli, den Gesetzentwurf über das Antikorruptionsgericht am 22. Dezember ins Parlament eingebracht.**

**de.sputniknews.com: Stoß in den Rücken: Westen veröffentlicht belastendes Material gegen Poroschenko**

**Erst der Geldwäscheverdacht gegen die Chefin der ukrainischen Notenbank, jetzt ein Vorwurf gegen Präsident Poroschenko, er habe sich der Unterstützung des russischen Geheimdienstes versichern wollen: Laut der russischen Zeitung „Moskowski Komsomolez“ fährt der Westen eine Kampagne gegen den ukrainischen Staatschef und seine Vertrauten.**

**Poroschenko könne davon ausgehen, dass er und seine Vertrauten ins Fadenkreuz einer Informationskampagne geraten sind. Und der Druck auf den Präsidenten und sein Team werde in nächster Zeit noch zunehmen, sagte Andrej Busarow, Mitglied des Gesellschaftsrates des ukrainischen Außenministeriums, dem Blatt.**

**Der georgische TV-Sender „Rustawi 2“ hatte am Samstag, den 13. Januar berichtet, 2007 habe Petro Poroschenko – damals Abgeordneter des ukrainischen Parlaments – den russischen Geheimdienst FSB in einem Brief um die Einreise nach Russland gebeten. Dieses Schreiben soll dem TV-Sender vorliegen.**

**Darin versichert Poroschenko angeblich, nur die Verwandten seiner Schwiegertochter besuchen zu wollen. Er habe keineswegs vor, Russland Schaden zuzufügen – schließlich locke er große Investitionen in die russische Wirtschaft, soll Poroschenko laut dem Blatt**

geschrieben haben.

Das Brisante: Die russischen Behörden hatten schon 2005 ein Einreiseverbot gegen zahlreiche Mitglieder der Werchowna Rada (des ukrainischen Parlaments) verhängt – als Reaktion auf das gleiche Verbot für russische Abgeordnete. Trotzdem versuchte Poroschenko im Februar 2007 nach Russland einzureisen, hatte das russische Außenministerium laut der Zeitung mitgeteilt.

Wie dem auch sei: Der angebliche Brief ist bereits, so das Blatt, der zweite Skandal um den ukrainischen Präsidenten seit Jahresbeginn. Zuvor hatte die Agentur „Al Jazeera“ laut der Zeitung über ein heikles Urteil eines ukrainischen Gerichts berichtet.

Demnach soll Ex-Präsident Viktor Janukowitsch mit Hilfe der Investmentholding ICU eineinhalb Milliarden US-Dollar aus der Ukraine gebracht haben, die er unterschlagen habe. Die Chefin dieser Investmentholding sei damals die heutige Vorsitzende der ukrainischen Zentralbank, Valeria Gontarewa, gewesen.

Dass die Öffentlichkeit von dem Urteil bislang nichts wusste, ist laut dem russischen Blatt nicht überraschend: Der ukrainische Generalstaatsanwalt Juri Luzenko persönlich habe das Dokument zur Verschlussache erklärt.

Der Strafermittler habe zudem bekanntgegeben, das unterschlagene Vermögen sei im Rahmen eines Sonderverfahrens beschlagnahmt und dem ukrainischen Haushalt zugeführt worden. Zu den genaueren Umständen – etwa wie und wo die Milliarden gefunden wurden – habe sich der Generalstaatsanwalt nicht geäußert. Notenbankchefin Gontarewa hält sich indes Zeitungsinformationen zufolge seit 2017 dauerhaft in den USA auf.

Konfliktforscher Denis Denisow sagte der Zeitung: „Es gibt gar keinen Zweifel, dass Poroschenko um die Aufhebung des Einreiseverbots ersuchte. 2007 hatte er in Russland große wirtschaftliche Interessen, er musste zahlreiche Partner treffen. Ob er dabei auch versprochen hat, Russland nicht zu schaden, ist schwer zu sagen. Wenn man aber mit seiner Arbeitsweise vertraut ist, kann man das durchaus glauben. Poroschenko ist und bleibt unter allen Umständen erst Geschäftsmann und dann Politiker.“

Im Skandal um die unterschlagenen eineinhalb Milliarden US-Dollar seien indes nicht nur die Notenbankchefin und der Generalstaatsanwalt involviert – auch eine ganze Reihe ukrainischer Vize-Minister seien daran beteiligt, so der Analyst: „Für die Ukraine ist es ganz normal, dass erbitterte politische Kontrahenten geschäftlich sehr gut zusammenarbeiten.“

Dass diese Skandale jetzt ans Tageslicht kommen, ist aus Sicht des Experten Andrej Busarow gewollt und gesteuert: „Es ist offensichtlich, dass hinter diesen Berichten sehr einflussreiche Kreise stehen. Teils ist diese Lobby in der Ukraine zu finden, teils im Ausland“, sagte er der russischen Zeitung.

Höchstwahrscheinlich will der Westen die Ukrainer aufrütteln, schreibt das Blatt. Die westlichen Partner sind nämlich unzufrieden damit, wie Poroschenko die Reformen in der Ukraine angeht – und dabei auch noch mit einer weiteren Amtszeit rechnet.

Die westliche Lobby hätte die Berichte gern auch in ukrainischen Medien veröffentlicht, so die Zeitung. Offenkundig aber wollten sie den Zorn des Präsidenten nicht auf sich lenken.

Denn unabhängige Medien hätten in der Ukraine seit dem Maidan nichts zu lachen:

Schikanen vonseiten der Justiz und der sogenannten Aktivisten (schlicht und einfach Verbrecher im Dienste des Regimes) seien ganz normal. Es komme sogar zum Mord an Journalisten, wie an Pawel Scheremet, der im Zentrum von Kiew mit einer Autobombe getötet wurde.





<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31906/14/319061451.jpg>

Dnr-online.ru: Der Verkehrsminister der DVR Igor Andrienko hat eine Bürgersprechstunde in Charzysk abgehalten, an der auch der Bürgermeister von Charzysk Alexandr Lewtschenko teilnahm.

Einwohner der Stadt wandten sich an den Verkehrsminister mit Fragen zur Ausgabe von Fahrkarten auf den Busstrecken, zur Kontrolle der Passagierfahrten, ermäßigte Fahrten und die Perspektiven von Zugverbindungen mit der RF.

„Heute kamen Einwohner zur Sprechstunde mit Fragen, die nicht nur für Charzysk gelten, sondern auch für die Mehrheit der Städte unserer Republik. Hauptsächlich ging es um ermäßigte Fahrten, viele stellten Fragen zu möglichen Ermäßigungen für Studenten auf den internationalen Strecken. Alle Anfragen werden vom Verkehrsministerium im Rahmen seiner Vollmachten bearbeitet. Wir bemühen uns alles, was von uns abhängt, zu tun, damit die Passagierverbindungen maximal bequem und zugänglich sind“, sagte Igor Andrienko. Außerdem gab es Fragen zu Schulbussen für Schüler aus abgelegenen Ortschaften bei Charzysk.

„In der Republik gibt es zur Lösung von Fragen in diesem Bereich ein spezielles Programm. Ich bin überzeugt, dass in der nächsten Zukunft auch in Charzysk ein Schulbus fahren wird“, sagte der Verkehrsminister....

„Was eine der aktuellsten Fragen für die Einwohner der Republik, die Frage der Eisenbahnverbindungen mit der RF betrifft, so ist das staatliche Unternehmen „Donezker Eisenbahn“ technisch in der Lage, Züge in die RF fahren zu lassen, aber es gibt derzeit noch Probleme bei der Abstimmung der Dokumente“, sagte der Verkehrsminister.

de.sputniknews.com: Damaskus wirft USA „offene Aggression“ vor  
Damaskus verurteilt die Erklärung der USA über die Bildung von „Grenzsicherheitszonen“ in Syrien als eine offene Aggression gegen die Souveränität und die territoriale Integrität des Landes. Dies geht aus einer offiziellen Mitteilung des syrischen Außenministeriums hervor. „Syrien verurteilt entschlossen die Entscheidung der USA über die Bildung von bewaffneten Bandenformationen im Nordosten des Landes, was eine eindeutige Aggression gegen die Souveränität und territoriale Integrität Syriens sowie eine grobe Verletzung des internationalen Rechts ist“, zitiert die Agentur Sana aus der Erklärung des syrischen Außenministeriums.

Diese Entscheidung der USA stelle einen Teil des vernichtenden Programms Washingtons in der Region dar, mit dem Ziel, die Lage zu erschweren und Bruderkämpfe anzuheizen und die Regelung der Krise im Land zu verhindern. Der neue Plan der USA demonstriere „ihre Feindlichkeit gegenüber den arabischen Nationen“ und diene dem „US-zionistischen Projekt in der Region“.

Zuvor hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass die Pläne Washingtons über die Bildung von Grenzsicherheitszonen in Syrien davon zeugen, dass die USA keineswegs an der Aufrechterhaltung der Unteilbarkeit des syrischen Staates interessiert seien.

Dan-news.info: Pressekonferenz des Leiters der Fraktion von „Donezkaja Respublika“ im Volkssowjet der DVR Alexandr Kostenko

„Für Kinder gefallener Soldaten der Armee der DVR haben die Abgeordneten unserer Fraktion mehr als 200 verschiedene Veranstaltungen organisiert“, sagte Kostenko und erläuterte, dass viele Veranstaltungen gemeinsam mit der gesellschaftlichen Organisation „Oplot Donbassa“ durchgeführt wurden.

Außerdem haben die Abgeordneten der Fraktion im Rahmen des Programms zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass acht kulturelle und Freizeitveranstaltungen für Kinder aus dem von Kiew kontrollierten Teil des Donezker Oblast durchgeführt.

„Anfang 2017 haben wir unter den Bedingungen der harten Blockade von Seiten der Ukraine die Entscheidung des Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko, eine zeitweilige staatliche Leitung über 43 Unternehmen der ukrainischen Jurisdiktion einzuführen, unterstützt“, sagte Kostenko. „Seit März sind Abgeordnete der Fraktion bestimmten Betrieben zugeordnet. Sie führen regelmäßig Bürgersprechstunden und Treffen mit den Arbeitskollektiven durch. Insgesamt haben die Abgeordneten im letzten Jahr 487 Bürgersprechstunden in den Unternehmen unter äußerer Leitung durchgeführt“.

Insgesamt haben sich 1830 Arbeiter dieser Unternehmen an Abgeordnete der Fraktion gewandt. Zwischen Mai und August waren es 1262 und zwischen September und Dezember 567. „Die Anfragen wurden weniger, dies zeugt davon, dass die Probleme operativ gelöst werden, dass sich die Situation in den Unternehmen verbessert“, fasste Kostenko zusammen.

## Nachmittags:

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden hat sich die Situation **nicht verändert**.

**In Richtung Donezk** wurden auf die Gebiete von **drei Ortschaften** 19 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, außerdem wurden Granatwerfer und großkalibrige Maschinengewehre verwendet.

**In Richtung Gorlowka** hat der Feind auf die Gebiete von **vier Ortschaften** 19 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen, außerdem wurden Granatwerfer und großkalibrige Maschinengewehre verwendet.

**In Richtung Mariupol** hat der Feind auf das Gebiet von **Sachanka** 36 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und zehn Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, außerdem wurden mehr als 60 Granaten mit Handgranatwerfern und automatischen Granatwerfern abgeschossen.

In der Folge der feindlichen Beschüsse **starb ein Verteidiger der Republik und drei wurden verletzt**.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 13 Verletzungen des Regimes der



Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Ich möchte den fortgesetzten Zerfall der ukrainischen Streitkräfte in Fragen der Beziehungen zwischen Kommandeuren und Untergebenen erwähnen.

Von unserer Aufklärung wurden mehrfach Fälle von offenem Ungehorsam von Seiten des unteren kommandierenden Personals und normaler Soldaten gegenüber Kommandeuren festgestellt.

Ursache der Verschlechterung der Beziehungen ist natürlich die mythische Erhöhung des Solds der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte.

Warum mythisch? Weil die Soldaten bei Erhöhung der Bezüge und der Zuschläge auf dem Papier faktisch weniger erhalten, weil dieses Jahr in den ukrainischen Streitkräften und im Verteidigungsministerium inoffiziell als „Jahr des Sparens“ ausgerufen wurde.

Und wie wir sehen, wird die Aufgabe, die die militärisch-politische Führung der Ukraine gestellt hat, systematisch ausgeführt.

Das kommandierende Personal entzieht dem Personal alle möglichen Zulagen aufgrund von unwesentlichen Vergehen und Kritik. Wenn Fälle von Ausgaben über den Normen für irgendwelches Material oder Munition festgestellt werden, werden den Soldaten die gesamten Mehrausgaben herausgerechnet, ohne Rücksicht auf die objektiven Gründe der Fehlbestände. Eine solche Situation ist zurzeit in der 28. mechanisierten Brigade entstanden, wo der Brigadekommandeur versucht, auf Kosten des Personals einen Teil der gestohlenen Mittel, deren Fehlen von einer Kommission des Stabs der ATO entdeckt wurde, wieder hereinzuholen.

Eine vergleichbare Situation herrscht in der 57. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Peski, die der Kriegsverbrecher D.S. Krasilnikow kommandiert.

Das Sparregime in diesem Verband ist so streng, dass die Soldaten die „nackten“ Bezüge erhalten, obwohl sie sich an der vordersten Linie befinden. Die Kürzungen erfolgen einfach auf Anweisung der Brigadekommandeurs, ohne Durchführung entsprechender Ermittlungen. Alle Soldaten, die versuchen, die Gerechtigkeit wiederherzustellen, erfahren offene Grobheiten durch den Brigadekommandeur. Selbst die unmittelbaren Vertreter des Brigadekommandeurs hat das Schicksal der gewöhnlichen Soldaten ereilt – ihnen wurden alle Zuschläge entzogen, angeblich wegen der geringen Qualität bei der Ausführung ihrer dienstlichen Pflichten. Was auch diese Offiziere zur Versetzung in andere Truppenteile angeregt hat.

So sehen wir, dass die schöne Verpackung in Form einer hohen Solds und einer vollständigen Versorgung, die die militärisch-politische Führung dem äußeren Anschein nach versucht ihren ukrainischen Streitkräften zukommen zu lassen, nur eine Verpackung bleibt.

Und alle Hoffnungen der Bürger der Ukraine, die einen Vertrag mit dem Verteidigungsministerium abgeschlossen haben, um am Mord an friedlichen Bürgern unserer Republik zusätzlich zu verdienen, bleiben auch nur Hoffnungen, weil beim Verlassen dieser Armee, Sie, die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, sich als Schuldner erweisen werden.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Das ukrainische Kommando verwendet weiter Drohnen zur Aufklärung und Feuerleitung der Artillerieeinheiten an der Kontaktlinie, was durch die Minsker Vereinbarungen verboten ist. Gestern, am 14. Januar, um 7:30 haben Soldaten der Volksmiliz im Gebiet von Logwinowo **eine weitere Drohne der ukrainischen Streitkräfte vom Typ „Phantom“ abgeschossen**, die Aufklärung betrieb.

In der Folge ihres Abschusses durch Soldaten der Volksmiliz der LVR gelang es zu vermeiden, dass aus dieser Richtung das Feuer auf unsere Positionen eröffnet wurde.

Im Verantwortungsbereich der 54. mechanisierten Brigade ist eine Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte zur Überprüfung der Lage der Dinge in den

Einheiten eingetroffen.

Die Qualität und Vollständigkeit der Versorgung des Personals mit allen Arten von Lebensmitteln wird einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen werden und es wird die Ausgabe von materiell-technischen Mitteln kontrolliert werden.

Der Beginn der Arbeit der Kommission wurde durch zahlreiche Verstöße bei der Versorgung des Personals hervorgerufen.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen unter Nutzung des „Neujahrswaffenstillstands“ weiterhin die Bedingungen zur Stationierung von schweren Waffen entlang der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, und konzentrieren militärisch-technische Potential ihrer Einheiten in der Konfliktzone.

So wurde festgestellt, dass am nördlichen Rand von Krasnyj Pacharj, 9 km von der Kontaktlinie, sechs 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“ aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte stationiert sind.

Es wurden die Verlegung einer Batterie mit sechs 152mm-Haubitzen D-20 aus dem Bestand der 59. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Toschkowka festgestellt.

de.sputniknews.com: Lawrow: Idee von Nordkorea-Konferenz in Vancouver schädlich  
Russland betrachtet die Idee des US-Außenministeriums, ein Ministertreffen in Vancouver zu organisieren, um Fragen der Sicherheit auf der Korea-Halbinsel zu besprechen, als schädlich. Dies teilte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Montag bei der Jahrespressekonferenz zur diplomatischen Tätigkeit im Jahr 2017 mit.

„Die Agenda läuft darauf hinaus, einen Mechanismus zur zusätzlichen Druckausübung auf Pjöngjang auszuarbeiten. Vor buchstäblich ein paar Wochen war eine weitere Resolution (des UN-Sicherheitsrats) angenommen worden, zwei Tage später wurde ein solches Treffen in Vancouver angekündigt“, erläuterte Lawrow.

Er merkte dabei an, dass Vertreter von Russland und China nicht zu der Konferenz eingeladen worden seien.

Laut Lawrow hatte das Außenministerium die US-Seite gefragt, wieso Russland und China nicht zu dem Treffen gerufen worden seien. Aus Washington verlautete daraufhin, dass Russland und China „diese Bemühungen im Großen und Ganzen unterstützen“ würden. "Das ist eine unverhüllte Lüge. Wir sagten direkt, dass wir diese Bemühungen und dieses Treffen schädlich finden“, so Lawrow.

Die Konferenz soll vom 15. bis 17. Januar unter Leitung von US-Außenminister Rex Tillerson stattfinden. Das Treffen wird von den USA, Kanada und einigen anderen Ländern veranstaltet. Der Hauptpunkt der Tagesordnung sind die Sicherheit und die Stabilität auf der Korea-Halbinsel.

Laut dem US-Außenministerium soll das Treffen „die internationale Solidarität gegen das gefährliche und ungesetzliche nukleare und ballistische Programm Nordkoreas vor Augen führen“.

Lug-info.com: „Seit Beginn des „Neujahrswaffenstillstands“ haben die ukrainischen Streitkräfte 30 Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt, was häufig von den OSZE-Beobachtern bestätigt wurde“, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

„Auf das Territorium der Republik wurden von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit folgenden Waffen geschossen: Artilleriesysteme des Kalibers 152mm und 122mm – zweimal, 44 Geschosse; Mörser des Kalibers 120mm und 82mm – 13 Mal, 180 Geschosse; Schüsse mit Schützenpanzern/Schützenpanzerwagen – 5 Mal, 81 Schüsse; Granatwerfern – 406 Granaten verschiedenen Kalibers; großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen – 14 Mal“, erläuterte die Vertretung der Republik.

Dan-news.info/Dnr-online.ru.: Pressekonferenz des Kommunikationsministers der DVR Wiktor Jazenko

„MTS-Ukraina“ funktioniert seit Donnerstag aufgrund eines Abrisses des Kommunikationskabels, vermutlich hinter Jelenowka, nicht. Ursprünglich wurden die Verbindungen über acht unabhängige Kanäle betrieben. Der Kanal, der jetzt von einer nicht von der DVR kontrollierten Richtung unterbrochen wurde, war der letzte. Wir haben keine Möglichkeit, dorthin zu kommen und ihn zu reparieren“, sagte Jazenko.

„Am Samstag kam bei uns der Plan auf, eine Funkbrücke von einem der hoch gelegenen Stützpunkte aus einzurichten und eine Verbindung in einem bestimmten Umfang wieder aufzunehmen. Von unserer Seite haben wir diesen Kanal eingerichtet, aber von Seiten der Ukraine wurde die Brücke nicht angeschlossen. Vertreter des Unternehmens Vodafone haben erklärt, dass sie die Arbeiten mit dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte und dem operativen Stab der „ATO“ nicht abstimmen konnten“ berichtete er.

Eine Funkbrücke ist ein kabelloses Netz, das verwendet wird, um Punkte zu verbinden, die erheblich voneinander entfernt sind. Die Geschwindigkeit der Datenübermittlung kann 150 Mbit/s erreichen und hängt von den Apparaturen, der Entfernung und anderen Faktoren ab. Der Kommunikationsminister der DVR widersprach auch der Erklärung von Grigorij Tuka (Leiter der ukrainischen Besatzungsbehörde - Anm. d. Übers.), dass „in der DVR eine razziaartige Inbesitznahme des Eigentums von Vodafone stattfindet. „Ich erkläre offiziell, dass kein einziger Mitarbeiter des Kommunikationsministeriums der DVR Objekte betreten hat, die von diesem Mobilfunkoperator auf dem Territorium der DVR verwendet werden“, erklärte Wiktor Jazenko.

Zur Lösung der entstandenen Situation plant das Ministerium, im Verlauf eines Monats die Kapazitäten der Basisstationen des republikanischen Mobilfunkoperators „Phönix“ zu erweitern, um bequemere Bedingungen für die Bürger der Republik zu schaffen. „Derzeit ist das Netz tatsächlich überlastet, wir haben 620.000 Nutzer und ihre Zahl wächst ständig“, sagte Jazenko.

„Seitdem „MTS-Ukraina“ vor vier Tagen in der DVR abgeschaltet wurde, wurden etwa 50.000 Starterpakete des republikanischen Mobilfunkoperators „Phönix“ verkauft“, sagte der Minister.

Die vorhandenen Vorräte an Starterpaketen sollten den Bedarf bis Ende der Woche decken, dann werden in den Postfilialen weiter 100.000 Sim-Karten eintreffen.

Inzwischen gibt es für Kunden von „Phönix“ auch die Möglichkeit, Nummern ukrainischer Mobilfunknetze anzurufen.

„Die Verbindung mit der Ukraine ist äußerst schwierig und der Tarif, den wir haben, ist äußerst unbefriedigend. Aber das ist die einzige Möglichkeit, dass unsere Bürger, die eine dringende Verbindung mit Operatoren der Ukraine benötigen, einen Anruf tätigen können“, sagte Jazenko.

Diese Möglichkeit gibt es wieder seit dem 12. Januar 2018. Das letzte Mal gab es diese Dienstleistungen bei Phönix im März 2017. Derzeit suchen Spezialisten der DVR nach Lösungen zur Senkung der Tarife, da die Kosten für eine Minute 10 Rubel betragen.

„Wir tun alles, um diese Kosten zu senken, wir führen Dutzende von Verhandlungen mit verschiedenen Unternehmen, darunter großen europäischen Verbänden, die den Mobilfunkverkehr in Europa gewährleisten. Tatsächlich gelangen wir derzeit aus europäischen Ländern in die Ukraine. Daher kommt der Preis. Direkt lässt uns die Ukraine nicht“, erklärte der Minister.

de.sputniknews.com: Deutschland droht russischer Star-Pianistin mit Abschiebung  
Es hat wie ein Märchen begonnen: Ein Wunderkind am Piano wird aus Kasachstan zum Studium nach Berlin eingeladen. Dann der jähe Abbruch im Herbst 2016: Ihr wird der Pass

entzogen. Sie darf Berlin nicht verlassen und soll nun zum 31. Januar abgeschoben werden. Dagegen kämpft die gefeierte Konzertpianistin und zeigt sich im Sputnik-Interview optimistisch.

Anastassiya Dranchuk gilt als Wunderkind am Klavier. Zu ihren Förderern und Bewunderern gehört Stardirigent Daniel Barenboim. Nun soll die Pianistin abgeschoben werden. Nach Kasachstan, in ein Land, dessen Sprache sie nicht einmal spricht. Ihre Vorfahren wurden damals unter Stalin aus Russland und der Ukraine in die zentralasiatische Steppe verbannt. Als Anastassiya 1989 geboren wurde, gab es die Sowjetunion noch. Zurück kann sie nicht und will sie nicht.

Interview zum Nachhören unter: [https://de.sputniknews.com/popup/radio/?audio\\_id=30962888](https://de.sputniknews.com/popup/radio/?audio_id=30962888)

Dan-news.info: „Allein im Jahr 2017 hat das Staatssicherheitsministerium der DVR 246 Personen aufgrund des Verdachts auf Spionage und Landesverrats ermittelt und festgenommen. Davon sind 148 Mitarbeiter des staatlichen Bereichs der DVR, die von Vertretern ukrainischen Spezialdienste unter Drohungen mit Vergeltung an ihnen, Mitgliedern ihrer Familien oder durch Folter angeworben wurden“, teilte das MfS der DVR mit. Im Zusammenhang mit diesen massenhaften Anwerbungen von Einwohnern durch ukrainische Spezialdienste beim Überschreiten der Kontaktlinie hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko im Dezember 2017 einen Erlass „Über ein zeitweiliges Verbot der Ausreise von Mitarbeitern des staatlichen Bereichs der DVR auf das Territorium der Ukraine“ unterzeichnet.

Av-zakharchenko.su: Erklärung des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko Die Ukraine unterlässt die Versuche nicht, die Donezker Volksrepublik durch verschiedene Blockaden zu ersticken. Diese Versuche haben schon 2014 begonnen. Zuerst wurden unseren alten Menschen und Behinderten die Renten und Sozialzahlungen entzogen. Dies war ein schwerer Schlag, aber schon nach einigen Monaten konnten wir mit den Zahlungen an unsere Bürger beginnen.

Dann gab es die Wirtschaftsblockade, aber wir haben den Prozess des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft begonnen und heute sind wir von einem Regime des Überlebens entschlossen zu einem Regime der Entwicklung übergegangen.

Es gab die Transportblockade, als deren Ziel die Teilnehmer der ukrainischen Strafexpedition die Vernichtung des industriellen Potentials der Donezker Volksrepublik setzten. In der Folge haben wir die größten Industrieunternehmen der Republik unter äußere staatliche Leitung genommen und jetzt kommt die Produktionskapazität der DVR täglich weiter in Schwung.

Heute kämpfen wir mit einer Informationsblockade. Genauer gesagt, ging der Informationskrieg in allen diesen Jahren weiter. Ganze Bataillone von „Sofa“-Kämpfern haben sich Tausende von gefälschten „Nachrichten“ über das Leben in der Republik ausgedacht, haben Hunderte von Fakes generiert. Aber unsere Waffe ist die Wahrheit und die Kiewer Propaganda hat in diesem Arbeitsfeld keinerlei bemerkbaren Erfolge erzielt.

In der letzten Woche sind die ukrainischen Strafkommandos noch weiter gegangen. Kiew hat die Arbeit des Mobilfunkoperators Vodafone auf dem Territorium der DVR gestoppt.

Hunderttausende unserer Einwohner haben keine Verbindung mehr mit Freunden und Verwandten auf jener Seite der Abgrenzungslinie. Aber ich will versichern, dass wir auch diese Herausforderung erfolgreich erwidern werden, entsprechende Aktivitäten laufen schon. Wenn es nötig ist, können wir dieses Netz unter äußere Leitung stellen.

Jedes Mal, wenn die Ukraine versucht, mit Gewalt Druck auf die Donezker Volksrepublik auszuüben, wehren wir nicht nur die Angriffe erfolgreich ab, sondern erzielen eine erhebliche Überlegenheit über den Gegner. Sei dies eine militärische Aggression von Seiten der

ukrainischen Streitkräfte oder Versuche, uns durch Blockaden zu ersticken. So wird es auch dieses Mal sein. Jegliche Versuche, auf uns gewaltsamen Druck auszuüben, werden zum Scheitern verurteilt sein. Der einzige annehmbare Mechanismus zur Lösung des Konflikts ist die vollständige und wortwörtliche Einhaltung der Minsker Vereinbarungen. In der Art und in der Reihenfolge, in der sie unter Garantie der normannischen Vier unterzeichnet wurden. Einen andere Ausweg hat Kiew nicht.

de.sputniknews.com: Lawrow erkennt Abwertung des Völkerrechts – und nennt Schuldigen  
Wegen der Erosion des Systems des Völkerrechts setzen immer mehr Länder auf die Aufstockung ihrer militärischen Infrastruktur. Darüber sprach der russische Außenminister Sergej Lawrow am heutigen Montag auf seiner traditionellen Pressekonferenz zum Jahresbeginn.

„Wir beobachten eine Abwertung des internationalen Rechts, eine Senkung der Rolle von multilateralen Instituten. Wir beobachten auch, wie immer mehr Staaten auf die Stärkung ihrer Militärmacht setzen, in der sie fast schon die einzige Garantie der Aufrechterhaltung ihrer Souveränität sehen“, so der Minister.

Ihm zufolge kommt es dazu, weil die USA und ihre Verbündeten „nach wie vor auf Basis eines Diktats handeln wollen“. Lawrow führte zudem Methoden an, die Washington gebrauche, um seine Konkurrenten zu zügeln: Das geschehe beispielsweise durch die Entfaltung von Raketenabwehrsystemen THAAD und die Einführung einseitiger Sanktionen. Auf seiner traditionellen Jahrespressekonferenz zieht Lawrow die außenpolitische Bilanz des vergangenen Jahres. Die diesjährige Konferenz am Montag hat knapp zweieinhalb Stunden gedauert.

Dnr-online.ru Im Zusammenhang mit der Vergrößerung der Zahl von Massenwerbungen von Einwohnern der DVR durch ukrainische Spezialdienste beim Überschreiten der Abgrenzungslinie zur Ukraine, darunter Mitarbeiter von Unternehmen, Einrichtungen, Organisationen staatlicher oder kommunaler Eigentumsform, die unter Drohung mit physischen oder psychischen Gewalt gegenüber ihnen oder ihren Verwandten zu Erkundungs- und Sabotagetätigkeiten auf dem Territorium der DVR gezwungen werden, hat das Oberhaupt der DVR A. W. Sachartschenko am 15. Dezember 2017, in erster Linie mit dem Ziel der Gewährleistung der persönlichen Sicherheit der Bürger, den Erlass Nr. 363 „Über ein zeitweiliges Verbot der Ausreise auf das Territorium der Ukraine für Beschäftigte des staatlichen Bereichs der DVR“ unterzeichnet. Dies teilt der Pressedienst des Staatssicherheitsministeriums der DVR mit.

„Allein im Jahr 2017 hat das Staatssicherheitsministerium der DVR 246 Personen aufgrund des Verdachts auf Spionage und Landesverrats entdeckt und festgenommen, davon sind 148 Mitarbeiter des staatlichen Bereichs der DVR, die alle von Vertretern ukrainischen Spezialdienste unter Drohungen mit Vergeltung an ihnen, Mitgliedern ihrer Familien oder durch Folter angeworben wurden. Außerdem sind unter den Bürgern, die der DVR im Rahmen des Gefangenenaustauschs übergeben wurden, auch Beschäftigte staatlicher Unternehmen der DVR, die sich geweigert haben, mit Spezialdiensten der Ukraine zusammenzuarbeiten“, heißt es in der Mitteilung.

de.sputniknews.com: Poroschenko will ukrainische Hymne „unbedingt auf Krim“ ertönen lassen

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am Montag auf Facebook versprochen, die Hymne seines Landes auch auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim und im Donbass erklingen zu lassen.

„Ich kann mich gut daran erinnern, wie aufrichtig und mit welchem Eifer Kinder in der

Ortschaft Pokrowka im Gebiet Donezk die ukrainische Hymne gesungen haben. In diesen Momenten werde ich in meiner Überzeugung bestärkt, dass die ukrainische Hymne unbedingt auch in den ukrainischen Städten Donezk und Lugansk, Simferopol und Sewastopol erklingen wird“, schrieb Poroschenko in seinem Facebook-Account.

Dazu postete er ein Video

( <https://www.facebook.com/petroporoschenko/videos/1184103031724087/> ), das die ukrainische Hymne singende Kinder zeigt. Wie Poroschenko ausführte, wurde die Nationalhymne der Ukraine heute vor genau 26 Jahren, am 15. Januar 1992, in der Verfassung des Landes verankert.

Noch im August hatte Poroschenko auf Twitter Donezk, der Hauptstadt der gleichnamigen selbsterklärten Volksrepublik, zum Tag der Stadt gratuliert und zugesagt, dass die Nationalhymne auch dort erklingen werde. Des Weiteren betonte er, Kiew kämpfe um die Rückkehr des Gebiets in die Ukraine.

Nach dem Staatsstreich im Februar 2014 in Kiew war es auf der Krim und im Osten der Ukraine zu Massenprotesten gekommen. Die Behörden der Krim und von Sewastopol hatten am 16. März 2014 ein Referendum zur Frage der Wiedervereinigung mit Russland durchgeführt. Für den Russland-Beitritt stimmten 96,7 Prozent bzw. 95,6 Prozent der Bürger. Die Ukraine, die EU und die USA wollen die Resultate des Referendums nicht anerkennen. Moskau erklärte mehrmals, dass der Beitritt der Region in strikter Übereinstimmung mit völkerrechtlichen Normen erfolgt sei.

Dnr-online.ru: Jede Art der Zugehörigkeit zum Donbass ist für die Rechtsschutzorgane der Ukraine offensichtlich eine Art „Lackmuspapier“ zur Bestimmung von Staatsfeinden und zur Aufdeckung übler Absichten.

Wie der Pressdienst des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR mitteilt, wurde vor kurzem in Winniza eine 59 Jahre alt Chemielehrerin festgenommen, die aus Konstantinowka im Donezker Oblast stammt. Nach Mitteilungen von ukrainischen Medien hat die ältere Frau angeblich über ein Mobiltelefon zum Nutzen der DVR wertvolle geheime Informationen über Stationierungsorte, Zahl, Bewegungen der ukrainischen Streitkräfte übergeben. Trotz der Absurdität der Beschuldigungen wurde die Lehrerin in Untersuchungshaft genommen und wird der Gründung einer terroristischen Gruppe verdächtigt.

„Man kann nur raten, wie die „Diversantin“ entdeckt wurde und wer seine Hand darin hat. Die Frage liegt in etwas anderem: wie hat eine Schullehrerin angeblich „systematisch“ wertvolle militärische Daten gesammelt? Besonders Aufmerksamkeit erwecken Kommentare von „Patrioten“, die vorschlagen, mit der Umsiedlerin „keine Umstände zu machen“, sie versuchen nicht einmal Fragen bezüglich der Angemessenheit der Situation zu stellen, sondern nutzen einfach jede Information, die von Seiten staatlicher Strukturen eingeht“, heißt es beim Pressedienst des Ministeriums.

de.sputniknews.com: So verdient Litauen „auf Umwegen“ weiter an Russland

Der Export aus Litauen nach Russland ist im Jahr 2017 trotz all der russlandfeindlichen Rhetorik um 28 Prozent auf 3,5 Milliarden Euro gestiegen, wie Sputnik unter Berufung auf den Oberökonom der Swedbank, Nerijus Mačiulis, berichtet.

Für diese Republik im Baltikum bleibe der russische Exportmarkt nach wie vor der bedeutendste und übertrumpfe dabei Lettland, Polen, Deutschland und die USA.

Doch die Beteuerungen litauischer Experten, dass „ein Großteil der Waren nicht in Litauen selbst hergestellt, sondern rückexportiert wird“, wecken in Russland gewisse Zweifel.

So war wegen des von Russland verhängten Embargos für eine Reihe von Erzeugnissen aus den EU-Ländern der Export von Molkereiprodukten aus Litauen nach Russland praktisch auf



null gesunken, dafür aber steigerte Vilnius die Lieferungen dieser Waren nach Weißrussland um das Zehnfache. Die litauischen Unternehmer verheimlichen nicht, dass ihre Waren auf diese Weise quasi als weißrussische Produktion nach Russland geliefert würden.

Was das Gas betrifft, so sei die Situation ähnlich. Litauen hatte vor mehreren Jahren auf die Dienste des russischen Gasversorgers Gazprom verzichtet — zugunsten des viel teureren europäischen Brennstoffs aus dem Flüssigerdgas-Terminal in Klaipėda. Dabei bleibt das Land ein großer Importeur von Gas aus Russland. In der Importstruktur Litauens aus Russland nimmt Gas insgesamt 80 Prozent ein. Nach den teuren europäischen Einkäufen für das Terminal ist Vilnius zum russischen Brennstoff zurückgekehrt, der im Jahr 2017 von diesem Terminal wieder für die litauischen Verbraucher gekauft wurde.

Der Experte hob im Gespräch mit Sputnik hervor, dass die Investitionsströme zwischen Litauen und Russland seit 2014 etwa um die Hälfte abgenommen hätten. Nach den Angaben für 2017 würden unter den Auslandsinvestitionen die Investitionen aus Russland in Litauen 1,7 Prozent und die aus Litauen in Russland vier Prozent betragen

[ukrinform.ua: Positionen weit auseinander: Klimkin spricht mit Lawrow über Geiseln und UN-Friedensmission](#)

Der Außenminister der Ukraine Pawlo Klimkin hat mit dem russischen Chef-Diplomat Sergei Lawrow über die Freilassung von Geiseln und politischen Häftlingen und eine mögliche Friedensmission der Vereinten Nationen im Donbass gesprochen.

Das teilte Klimkin am Montag auf Twitter mit. „Die Positionen liegen sehr weit auseinander, wir müssen aber weiter arbeiten“, schrieb der ukrainische Minister. Weitere Themen des Gesprächs seien auch die Tätigkeit des Gemeinsamen Zentrums für Kontrolle und Koordination der Waffenruhe und Stabilisierung an der Trennlinie und die jährliche Pressekonferenz Lawrows gewesen.

Am 15. Januar äußerte sich Lawrow auf seiner Pressekonferenz zur UN-Friedensmission in der Ostukraine und erklärte, dass Russland gegen das Budapester Memorandum bezüglich der Ukraine nicht verstoßen habe.

[Lug-info.com: Die ukrainische Seite gibt keine Sicherheitsgarantien für Spezialisten der LVR, die bereit sind, mit den Reparaturarbeiten an dem zentralen Glasfaserkabel des Mobilfunkoperators Vodafone bei Wesjolaja Gora zu arbeiten. Dies teilte der Leiter der Abteilung für kabelgebundene und nicht kabelgebundene Telekommunikation des Kommunikationsministeriums der LVR Wladimir Owtscharenko mit...](#)

„Vom Kommunikationsministerium der LVR wurden die organisatorischen Arbeiten erledigt und eine Brigade von Spezialisten gebildet, die jederzeit bereit ist, in das Gebiet von Wesjolaja Gora zu fahren, um Reparaturen an dem Glasfaserkabel von MTS vorzunehmen“, sagte er.

„Bis jetzt hat die ukrainische Seite keine Bestätigungen und Sicherheitsgarantien für die Spezialisten abgegeben. Nach Angaben des Kommunikationsministeriums der LVR befindet sich der Abriss auf beschossenem Territorium am Ufer des Sewerskij Donz“, unterstrich der Abteilungsleiter.

Das Ministerium hat sich bereits mehrfach mit Anfragen wegen Reparaturarbeiten auch über das GZKK an die ukrainische Seite gewandt, aber keine Antwort erhalten.

„Obwohl die Leitung im Gebiet von Wesjola Gora in Richtung Stschastje um einiges früher beschädigt wurde, hat sich das Kommunikationsministerium seit der Diversion im Gebiet von Jelenowka (DVR) mindestens fünfmal an die Ukraine gewandt, aber keine Antwort erhalten“, teilte der Vertreter des Ministeriums mit.

„Die Wichtigkeit der Reparaturarbeiten gerade an diesem Abschnitt des Glasfaserkabels muss erwähnt werden, weil es ein Reservekanal für die Mobilfunkdienste für die Bürger der LVR

werden kann“, unterstrich Owtscharenko.

„Technische Probleme für die Reparatur gibt es nicht, es gibt genug Spezialisten und schon heute ist klar, welche Ursachen hinter der Kommunikationsblockade stehen: technische, militärische oder politische“, fügte der Abteilungsleiter hinzu.

Lug-info.com: Der kaufmännische Direktor des staatlichen Unternehmens der LVR „Lugansker Kommunikation“ - Lugakom – Eduard Jegorow teilte mit, dass seit dem neuen Jahr einige neue internationale Mobilfunkverbindungen möglich sind – Kasachstan, Südossetien, Abchasien und Ukraine.

So ist es weiterhin möglich, seine Freunde und Verwandte in der Ukraine anzurufen, obwohl der zweite Mobilfunkoperator Vodafone seine Funktion eingestellt hat. „Es ist klar, dass die Tarife nicht so sind wie im Lugakom-Netz und auch teurer als Anrufe in die RF, aber es deckt derzeit ein dringendes Bedürfnis unserer Kunden ab“, fügte Jegorow hinzu.

de.sputniknews.com: Syrischer Politiker wertet türkische und US-Militärpräsenz im Land als Aggression

Die Präsenz der türkischen Truppen in Syrien ist vom Standpunkt des syrischen Vizeaußenministers Faisal Mekdad aus eine Aggression und kann durch keinen Anlass gerechtfertigt werden.

In einem Interview mit Sputnik sagte Mekdad: „Wir fordern von der türkischen Regierung, ihre Kräfte vom Territorium Syriens abzuziehen und sich nicht in dessen innere Angelegenheiten einzumischen.“

In Bezug auf das Bestehen US-amerikanischer Militärbasen in Syrien sagte Mekdad: „Die Präsenz jeglicher ausländischer Militärbasen in Syrien ist für die syrische Regierung unannehmbar. Das ist eine Aggression und eine Okkupation, und wir werden in unserem weiteren Handeln von diesen Definitionen ausgehen“.

*Rolle von De Mistura bei Syrien-Regelung bedenklich*

Bezüglich der Tätigkeit des Syrien-Beauftragten der Uno sagte der syrische Politiker, Staffan de Mistura zeige nur wenig Eifer für die Lösung der Syrien-Krise. „De Mistura eignet sich nicht für die Rolle eines Leiters des friedlichen Regelungsprozesses in Syrien. Die Einstellung zu ihm wird von seiner Haltung gegenüber dem Syrischen Kongress (des Nationalen Dialogs) in Sotschi beeinflusst, an dem 1500 Syrer, darunter Oppositionelle, teilnehmen sollen. Unserer Meinung nach muss dieses Treffen zum ersten Schritt auf dem Rückweg zur Sicherheit und zur Stabilität auf dem gesamten Staatsgebiet von Syrien werden.“

*Genfer Syrien-Gespräche bisher ergebnislos*

„Wir haben an den Genfer Verhandlungen teilgenommen, um eine politische Lösung für den Syrien-Konflikt zu finden. Aber einige Länder versuchen, auf politischem Wege das zu erreichen, was sie mit Waffen und Militäroperationen nicht durchsetzen konnten“, so Mekdad. Ihm zufolge wird die syrische Regierung Szenarien, die vom syrischen Volk abgelehnt werden, nicht akzeptieren. Die 8. Runde der Genfer Verhandlungen sei gescheitert, weil sie von den Interessen der Terrorgruppierungen und ihrer Verbündeten geprägt gewesen sei.

*Syrische Armee baut Erfolg aus*

„Der Kampf gegen den Terrorismus in Syrien geht weiter. Ein Wendepunkt ist dabei der Sieg über ‚Dschabhat an-Nusra‘, Daesh und andere derartige Gruppierungen in Aleppo gewesen. Seitdem baut die syrische Armee den Erfolg in ihrem Anti-Terror-Krieg aus“, betonte Mekdad.

*Situation mit Kurden*

Hinsichtlich der Situation mit den im Nordosten des Landes lebenden Kurden sagte Mekdad: „Wir sind ein einheitliches Volk, das sich in einem Jahrtausende währenden Zusammenleben herausgebildet hat. Doch die USA investieren in die ‚Demokratischen Kräfte Syriens‘ (DKS).

Unserer Meinung nach sind es gerade die Kurden, die im Interesse der USA handeln und die Türen für die türkischen Kräfte öffnen.“ Diejenigen, die gegen ihr Heimatland und dessen Interessen auftreten würden, seien Helfershelfer der Feinde Syriens und des syrischen Volkes. Der Vizeaußenminister merkte zugleich an: „Die meisten Kurden sind Patrioten Syriens. Es gibt aber auch diejenigen, die von anderen Staaten Geld bekommen, und wir können sie weder Syrer noch Patrioten nennen. Alle inneren Fragen müssen im eigenen Land und nicht im Bündnis mit den USA gelöst werden.“

Mekdad brachte die Überzeugung zum Ausdruck, dass Syrien nicht zergliedert wird. Die DKS täten besser daran, der syrischen Armee beizutreten, so der Vizeaußenminister.

## **Abends:**

Lug-info.com: Die Aktivisten der Kinder- und Jugendorganisation „Junge Garde“ der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ haben in Lugansk eine Aktion „Kerze des Gedenkens“ zum 75. Jahrestag des Beginns der Hinrichtungen der Mitglieder der gleichnamigen antifaschistischen Untergrundorganisation durchgeführt. Darüber berichtet ein Korrespondent von LIZ von Lugansker Platz der Helden der „Jungen Garde“.

Die Aktivisten zündeten im Gedenken an die jungen Helden Lampions an und legten dann Blumen an den Denkmälern der Junggardisten nieder.

„Vor genau 75 Jahren, am 15. Januar 1943, begannen in Krasnodon die Hinrichtungen der Junggardisten. Für uns, die Jugend unserer LVR, ist es sehr schmerzhaft zu erkennen, dass Jungen und Mädchen alle die Schrecken, die in jenen Jahren das faschistische Deutschland den jungen Leuten angetan hat, erfahren“, sagte der Vorsitzende des Zentralen Stabs der Kinder- und Jugendorganisation „Junge Garde“.

„Für uns ist dies ein heiliges Datum und wir werden der Tradition gemäß zu den Denkmälern der Junggardisten gehen, ihr Andenken ehren, Blumen niederlegen, nachdenken, verstehen, an die schrecklichen Ereignisse jener Jahre denken“, fügte er hinzu.

Der Koordinator der Organisation Junge Garde Jurij Djatschenko merkte an, dass heute das Interesse an der Untergrundorganisation unter der Jugend der LVR dank des vernünftig organisierten Bildungssystems in der Republik wächst, bei dem der patriotischen Erziehung ein besonderer Platz gebührt.

„Wir kehren zu einem Bildungssystem ähnlich dem sowjetischen zurück, wo die Geschichte ein Schlüsselfach ist, um die Weltanschauung der Schüler zu bilden“, sagte er.

„Heute haben wir ein richtiges Verständnis dafür, an wem wir uns messen müssen. Die Heldentaten der Junggardisten ehren wir heute. Denn dies sind Helden, die mit 14-15-16-17 Jahren für sich entscheiden konnten, wo der Feind ist, und alles taten, um ihn zu behindern und von unserem Land zu vertreiben“, sagte der Aktivist.



[http://img.lug-info.com/cache/b/7/IMG\\_9329\\_1.jpg/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/b/7/IMG_9329_1.jpg/w620h420wm.jpg)

de.sputniknews.com: Europa ruft 9. Mai zum Feiertag aus

Der 9. Mai könnte in den EU-Ländern zu einem staatlichen Feiertag und dementsprechend Ruhetag werden, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Montag.

Das sieht eine Resolution des EU-Parlaments vor, die am 12. Dezember, bei der letzten Tagung des Jahres 2017, verabschiedet wurde. Darin ist unter anderem der Aufruf enthalten, den 9. Mai „zu einem gesamteuropäischen Feiertag zwecks Festigung des Gefühls der Zugehörigkeit der europäischen Familie zu machen“.

Das Dokument wurde an die EU-Kommission, den EU-Rat, an den EU-Menschenrechtsbeauftragten sowie an die nationalen Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer der Union verschickt.

Bei dieser Resolution handele es sich um eine „Empfehlung“ und einen gewissen Kompromiss nach einjähriger Arbeit einzelner Ausschüsse des EU-Parlaments, sagte der EU-Abgeordnete Tomáš Zdechovský.

Die Reaktion auf den Aufruf in einzelnen EU-Ländern ließ nicht lange auf sich warten: In Lettland haben Menschenrechtler eine entsprechende Petition vorbereitet. Der Leiter der „Vereinigung gegen Nazismus“, Janis Kuzins, kündigte an, dass die Sammlung von Unterschriften schon im Januar beginnen werde. (Es seien insgesamt 10.000 Unterschriften nötig, damit sich das Parlament damit befasse.)

„Für viele Europäer ist und bleibt der 9. Mai vor allem der Tag des Gedenkens an sowjetische Soldaten. In den baltischen Ländern finden Massenveranstaltungen statt. Dabei betrifft das nicht nur die Länder mit großen russischen Gemeinden, sondern auch andere EU-Länder“, so Kuzins. „Deshalb ist die Idee, den 9. Mai zum Ruhetag zu machen, absolut richtig. Jeder Mensch könnte dann selbst entscheiden, ob er die EU-Integration oder den Sieg gegen den Nazismus feiert.“

In Europa gilt der 9. Mai als Tag Europas, denn an diesem Tag im Jahr 1950 wurde der Schuman-Plan veröffentlicht, in dessen Sinne die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (die Vorgängerorganisation der EU) gegründet wurde. Der Tag des Sieges wird in der

Alten Welt am 8. Mai begangen, also einen Tag früher als in Russland. Dennoch wird der Tag des Sieges in vielen Ländern nach dem russischen Vorbild gefeiert. In Tschechien organisiert die Kommunistische Partei beispielsweise diverse Veranstaltungen zum Gedenken an gefallene sowjetische Soldaten. Die meisten von ihnen finden in Prag, aber auch in kleineren Städten statt, die von der Roten Armee befreit wurden. „Wir müssen immer an unsere Befreier denken. Deshalb organisieren wir unsere Veranstaltungen landesweit“, sagte man beim Pressedienst der Kommunistischen Partei. „Menschen versammeln sich auf Friedhöfen und vor Gedenkstätten zu Ehren sowjetischer Soldaten. Daran beteiligen sich nicht nur ältere Menschen, sondern auch Jugendliche.“ Auch in der Slowakei werden am 9. Mai Gedenkveranstaltungen organisiert. In diesem Land wurden insgesamt mehr als 63.000 Rotarmisten beerdigt. Die Einführung eines neuen Ruhetags in Europa könnte eine wichtige Rolle für die Festigung des gemeinsamen historischen Gedächtnisses Russlands und Europas spielen. Für die EU-Einwohner würden dadurch zusätzliche Möglichkeiten für die Beteiligung an Gedenkaktionen am 9. Mai entstehen. Denn die Sowjetunion hat immerhin 47 Prozent des Territoriums Europas (aktuell 16 europäische Länder) im Alleingang und 27 Prozent (sechs Länder) gemeinsam mit den Alliierten befreit. Während des Zweiten Weltkriegs waren mindestens 27 Millionen sowjetische Menschen ums Leben gekommen.

Dan-news.info: „Das Militärtribunal des Obersten Gerichts der DVR hat im Dezember 2017 in einer geschlossenen Verhandlung Strafverfahren von vier Angeklagten behandelt und sie aufgrund verschiedener Paragraphen des Strafrechtsbuchs der DVR für schuldig erkannt“, teilte der Pressedienst des Obersten Gerichts der DVR mit.

Unter den Angeklagten befanden sich Einwohner der DVR und der LVR, einer von ihnen war Soldat in den Streitkräften der DVR. Die genannten Personen wurden solcher Vergehen wie Spionage zugunsten der Ukraine, Vorbereitung und Durchführung eines Verbrechens, eines Terrorakts, Anschläge auf das Leben eines staatlichen oder gesellschaftlichen Aktivisten, Unterstützung bei Terroraktivitäten, ungesetzliche Beschaffung, Weitergabe, Verkauf, Lagerung, Transport oder Tragen von Waffen, von Waffenteilen, Munition, Sprengstoff oder Sprengeinrichtungen beschuldigt sowie der ungesetzlichen Herstellung von Waffen beschuldigt.

Die Urteile gehen von 14,5 bis 22 Jahren Freiheitsentzug. Ein Verurteilter erhielt auch eine Geldstrafe von 100.000 Rubel.